

# AUFSTAND IN NICARAGUA

Die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge hat in Nicaragua landesweite Proteste ausgelöst, die trotz brutaler Repression nicht niedergeschlagen werden konnten. Die Demonstranten richten sich jetzt nicht allein gegen eine Belastungswelle, sondern gegen das System Ortega an sich.

Von Ralf Leonhard

Mindestens 60 Tote hat die Niederschlagung von Protesten gegen eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge im April in Nicaragua gefordert. Präsident Daniel Ortega begegnet der bisher größten Krise seiner elfjährigen Präsidentschaft mit extremer Brutalität und trug damit zur Ausweitung der Demonstrationen auf weitere Landesteile bei.

Ursache für die Unruhen ist der bevorstehende Bankrott des staatlichen Sozialversicherungsinstituts INSS, das als Selbstbedienungsladen für Günstlinge des Regimes diente. Die Kosten der Verdreifachung des Personalstandes unter Ortega sollten jetzt den Beitragszahlern aufgebürdet werden. Ortega selbst berief sich auf die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung und Druck des Internationalen Währungsfonds. Besonders hart getroffen hätte die Reform die über 200.000 Rentnerinnen und Rentner, die künftig fünf Prozent ihrer mageren Pensionen für Krankenversicherung abgeben sollten. Ohne vorherige Debatte hat Ortega die Belastung am Parlament vorbei verordnet. Sie sollte 250 Millionen US-Dollar oder 1,5 Prozent des BNE bringen.

Zunächst hatten sich am 16. April nur Grüppchen von StudentInnen und Pensionisten in einem Einkaufszentrum von Managua versammelt, um friedlich gegen die Belastung zu demonstrieren. Wie schon bei früheren regierungskritischen Protesten tauchten zunächst Schlägertrupps der Sandinistischen Jugend auf und versuchten die Demonstranten mit Stöcken und Metallrohren auseinanderzutreiben. Mehrere Personen wurden blutig geschlagen, Journalisten verprügelt und ihrer Kameras beraubt. Als sich immer mehr Menschen dem Protest anschlossen, trat die Anti-Aufruhr-Polizei in voller Montur in Aktion. Wenig später begannen Proteste in anderen Tei-

len der Hauptstadt, in Estelí, Masaya, Granada, León, Tipitapa, Bluefields und weiteren Städten. Überall trafen sie auf paramilitärische Gruppen der Parteijugend, regierungstreue Motorradgangs oder bewaffnete Polizisten, die mit scharfer Munition schossen. In Estelí rückte die Armee ein, verhielt sich aber relativ neutral.

Silvio Báez, Weihbischof von Managua, richtete sich via Twitter mit ähnlichen Worten an die Regierung wie einst der 1980 ermordete Erzbischof von San Salvador Óscar Arnulfo Romero: „Stopp die Repression!“. 40 Polizisten, die sich weigerten, an der brutalen Unterdrückung der Proteste teilzunehmen, sollen sanktioniert worden sein.

## Dutzende Opfer

Das unabhängige Menschenrechtszentrum CENIDH sprach von über 60 bestätigten Todesopfern, darunter zwei Polizisten und ein Fünfzehnjähriger. Über 100 DemonstrantInnen wurden verletzt. 15 gelten als verschollen, sind also vermutlich festgenommen worden. Elektronischen Medien, die über die Repression berichteten, wurden die Funksignale abgedreht. Über die sozialen Medien verbreiteten sich aber Bilder von blutenden Demonstranten und wacklige Videos von brutalen Polizeieinsätzen in Windeseile.

Daniel Ortega war zunächst nach Kuba abgetaucht und überließ seiner Frau und Vizepräsidentin Rosario Murillo das Kommando. Mit salbungsvollen Worten über Frieden und christliche Werte vermied sie es, auf die Krise einzugehen. Erst am dritten Tag kam Ortega selbst aus der Deckung. In einer TV-Ansprache differenzierte er zwischen „fehlgeleiteten“ Studenten und kriminellen Banden, verlor aber kein Wort über die blutigen Opfer oder die plumpe Pressezensur.

Unruhestifter und Plünderer, die nach Beobachtungen von Augenzeugen in ihrem Wüten von der Polizei nicht gestört wurden, lieferten Ortega den willkommenen Vorwand, die ganze Bewegung zu diskreditieren. Hingegen erklärte er sich zunächst zu einem Dialog mit den Unter-

nehmerverbänden bereit. Am folgenden Tag akzeptierte er schließlich ein Vermittlungsangebot der Bischofskonferenz, die den Stopp der Repression zur Bedingung für den Dialog machte, und nahm die Beitragserhöhung zurück.

## Radikalisierter Protest

Die Demonstranten wollen aber inzwischen mehr. Die Bewegung ist schon deswegen nicht kontrollierbar, weil keine or-



Ana Quirós, nach dem Protest gegen Pensionskürzungen

Foto: privat

ganisierte Kraft dahinter steckt, sondern das ansteckende Lauffeuer der sozialen Medien. Mit Slogans aus dem sandinistischen Befreiungskampf und dem Fällen von metallenen „Lebensbäumen“, mit denen die esoterisch angehauchte Präsidentengattin die Hauptstadt dekorieren ließ, richten sich die Demonstranten nicht mehr nur gegen die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, sondern gegen das System Ortega an sich.

In einem weitverbreiteten Kommuniké, das auch im Ausland großes Echo fand, forderte eine Gruppe von „selbstbestimmten StudentInnen“ einen fundamentalen Richtungswechsel, zu dem die Demokratisierung des Staates ebenso zählt wie die Freiheit der Medien und eine grundlegende Reform des Wahlrechts.

Die Herrschaft von Daniel Ortega und seiner Frau Rosario Murillo beruht auf einer Kombination von Kontrolle und Wohltaten. Die wichtigsten Medien befinden sich in der Hand der Partei oder der Familie Ortega. Über die Parteistrukturen bis ins kleinste Dorf kann gesteuert werden, wer einen Job oder Anreize für die Landwirtschaft bekommt. Wahlergebnisse werden nach Bedarf „korrigiert“. Gleichzeitig herrschte in den vergangenen Jahren wirtschaftliche Stabilität. Vom günstig und auf Pump gelieferten Erdöl aus Venezuela durfte Ortega die Hälfte mit Gewinn weiterverkaufen. Mit diesen Geldern, die nicht

⇒ von Seite 21: NICARAGUA

ins offizielle Budget flossen, wurden ein Gutteil des Sozialsystems und in Gutsherrenmanier verteilte Gaben finanziert. Mit dem Niedergang des Chávez-Systems ist diese Bonanza zu Ende.

Der Plan, Nicaragua mittels eines interozeanischen Kanals zum boomenden Dienstleistungsstandort zu machen, hat sich als gigantische Fehlkalkulation erwiesen. Die Erhöhung der Treibstoffpreise und die Reform der Sozialversicherung sind wohl erst der Anfang einer Serie unpopulärer Maßnahmen. Auf ein Ausbrechen von Unruhen waren Ortega und seine Leute offenbar vorbereitet. Aber sie sollten aus eigener Erfahrung wissen, dass Repression eine Rebellion noch weiter anfacht. ■

## AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT

Unter dem Titel „Stopp die Repression in Nicaragua!“ ruft das Wiener *Solidaritätskomitee für Frieden und Demokratie in Nicaragua* zur Solidarität mit der bedrohten Bevölkerung auf und fordert:

- \* Stopp der Gewalt, Verfolgung und Einschüchterung der Bevölkerung, mit dem sofortigen Rückzug der Armee, der Polizei und der paramilitärisch agierenden Gruppen
- \* Freilassung von Hunderten illegal festgenommenen DemonstrantInnen
- \* Ausforschung und Bestrafung der Verantwortlichen für die Opfer des Konflikts
- \* Aufhebung der staatlichen Zensur der Massenmedien und Wiederaufnahme des Betriebs der unabhängigen TV- und Radiostationen
- \* Beteiligung an einem Nationalen Dialog von VertreterInnen verschiedener Sektoren der Bevölkerung wie der Privatwirtschaft, der StudentInnen, Kirchen, Frauenorganisationen, Umwelt- und Bauernbewegungen sowie der indigenen GemeindevertreterInnen.

Der Aufruf solidarisiert sich auch mit seit langem erhobenen Forderungen der nicaraguanische Zivilgesellschaft, darunter

- \* Stopp der Verfolgung von VertreterInnen der Menschenrechtsorganisationen.
- \* Aufhebung des Gesetzes 840, das die Konzession eines transozeanischen Kanals ausländischen Konsortien überlässt.
- \* Schutz der gemeindeeigenen Territorien und Ressourcen der indigenen Bevölkerung.
- \* Vorbereitung einer umfassenden Wahlrechtsreform, welche die Freiheiten politischer Organisationen und die Abwicklung freier und transparenter Wahlen garantiert.

Kontakt: solidaritaet\_nica\_demo@gmx.at

# EX-DIKTATOR RÍOS MONTT IST TOT

G  
U  
A  
T  
E  
M  
A  
L  
A

Efraín Ríos Montt starb in Freiheit. Der Mann, der vor fünf Jahren wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 80 Jahren Haft verurteilt wurde, hat für seine Taten nicht gebüßt. Am Ostersonntag erlag er 91jährig in seinem Wohnhaus in Guatemala Stadt einem Herzversagen. Ein ihm günstiger Verfassungsgerichtshof hatte das Urteil wegen Formfehlern aufgehoben. An der rechtlichen Bewertung der Tatsachen gab es keine Zweifel.

Trotz ihrer nur knapp 17monatigen Dauer ist seine Diktatur als eine der blutigsten in die blutige Geschichte des zentralamerikanischen Landes eingegangen. Am 23. März 1982 putschte er sich nach einem Wahlbetrug – unterstützt von rechtsextremen Politikern – mit zwei weiteren Offizieren an die Macht und übernahm wenig später die Alleinherrschaft. Ríos Montt selbst war acht Jahre zuvor Opfer eines Wahlbetrugs geworden. Als Kandidat der Christdemokraten war er 1974 gegen das korrupte Regime angetreten und hatte gewonnen. Allerdings musste er der Gewalt weichen und wurde als Militärattaché ins goldene Exil nach Spanien geschickt. Dort verfiel er dem Alkoholismus, aus dem ihn erst die Zuwendung zu einer Pfingstkirche rettete.

Er ließ sich zum Prediger der in Kalifornien beheimateten evangelikalen Kirche *El Verbo* ausbilden und verbreitete deren fundamentalistische Lehren. Mit dem Furor des Konvertiten sollte er dann als Militärherrscher seine Vorstellungen von Moral und Ordnung predigen. Er zwang die indigene Bevölkerung in den Dörfern, sich in paramilitärischen Patrouillen zu organisieren, und bekämpfte die marxistische Guerilla, indem er ihr durch zahlreiche Massaker die soziale Basis entzog.

*Fusiles y frijoles*, „Gewehre und Bohnen“, hieß sein Programm, das die Überlebenden in „Modelldörfer steckte und mit Nahrungsmitteln belohnte. Während Ríos Montts Gewaltherrschaft wurden 448 indische Dörfer von Militärs überfallen und mehr als 100.000 Zivilisten ermordet. Das Maya-Volk der Ixil im Norden des Landes wurde nahezu ausgerottet, Schwangere und Neugeborene inklusive, wie der Bericht der UN-Wahrheitskommission festhielt. Die Vereinten Nationen qualifizierten den Feldzug gegen die Ixil im Departement Quiché jedenfalls als Völkermord.

Ríos Montt hielt im Fernsehen Predigten, mit denen er die Bevölkerung zu

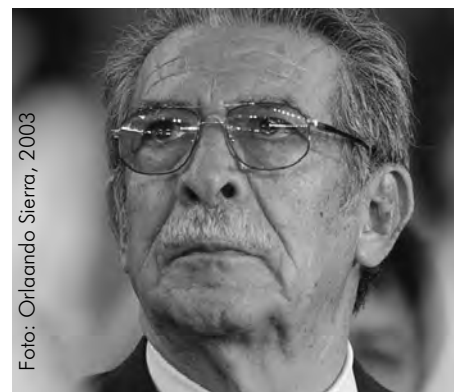


Foto: Orlando Sierra, 2003

christlicher Moral erziehen wollte. Er führte die Todesstrafe wieder ein und ließ mehrere Verbrecher fusillieren. Die Schreckensherrschaft wurde am 8. August 1983 durch einen neuerlichen Staatsstreich, angeführt von Verteidigungsminister General Óscar Humberto Mejía Víctores, beendet. Dessen Regime war zwar kaum besser, doch musste er unter internationalem Druck den Weg für Wahlen und einen Übergang zur Demokratie bereiten.

Die Karriere von Ríos Montt war damit aber nicht beendet. Er gründete die Rechtspartei Republikanische Front Guatemalas (FRG) und bewarb sich 2003 neuerlich, aber erfolglos um die Präsidentschaft. 2007 zog er als Abgeordneter und zeitweiliger Präsident der Legislative in den Kongress ein, was ihm eine Immunität verschaffte, die ihn vor Strafverfolgung schützte.

Obwohl ihn ein Menschenrechtstribunal in Spanien verurteilt hatte, begann die Justiz in Guatemala selbst nur sehr zögerlich die Vergangenheit aufzuarbeiten. Zwei Wochen nachdem seine Immunität erlosch, musste er 2012 vor Gericht erscheinen und wurde dann ein Jahr später verurteilt. Einem weiteren Prozess entzog er sich durch ein Gutachten, das ihm Demenz bescheinigte. Jetzt starb er, wie sein Anwalt mitteilte, „ruhig und in Frieden“. Die Familie ließ ihn – wohl um Demonstrationen zu vermeiden – noch am selben Tag bestatten.

Ralf Leonhard